



Stettiner Zeitung.

Abend-Ausgabe.

Mittwoch, den 30. März 1881.

Nr. 150.

Abonnements-Einladung.

Unsere geehrten Leser, namentlich die auswärtigen, bitten wir, das Abonnement auf unsere Zeitung recht bald erneuern zu wollen, damit ihnen dieselbe ohne Unterbrechung zugeht und wir sogleich die Stärke der Auflage feststellen können. Die reichhaltige Fülle des Materials, welches wir aus den politischen Tagesereignissen, aus den gewöhnlich so interessanten Kammerberichten, aus den lokalen und provinziellen Begebnissen darbieten, die Schnelligkeit unserer Nachrichten ist so bekannt, daß wir es uns versagen können, zur Empfehlung unserer Zeitung irgend etwas zuzufügen. Wir werden auch fernerhin für ein spannendes und interessantes Feuilleton sorgen.

Der Preis der zweimal täglich erscheinenden **Stettiner Zeitung** beträgt außerhalb auf allen Postanstalten vierteljährlich nur **zwei Mark**, in Stettin in der **Expedition monatlich 50 Pfennige**, mit **Bringerlohn 70 Pfennige**.
Die Redaktion.

Deutscher Reichstag.

24. Sitzung vom 29. März.

Präsident v. Götze eröffnet die Sitzung um 11 $\frac{1}{2}$ Uhr.

Am Tische des Bundesrathes: Scholz, Dr. von Mayr u. A.

Tagesordnung:

1. Fortsetzung der Berathung der Gesetzentwürfe über die Brausteuern und die Reichsstempelabgaben in Verbindung mit der denselben beigefügten Denkschrift.

Abg. Frhr. v. Lerchenfeld (Freikonservativ) will sich auf eine Beleuchtung der Steuersysteme der europäischen Staaten nicht einlassen. Er stelle sich auf den praktischen Standpunkt, von dem aus die Frage allein beurtheilt werden könne. Der Wunsch nach einer Steuerreform sei zuerst von den Einzelstaaten laut geworden, wo Defizits vorhanden, welche nur durch Erhöhung der direkten Steuern gedeckt werden könnten. Die schwer dies aber ist, legt Redner an einem Beispiele aus Bayern dar, wo die Erhöhung der Einkommensteuer gescheitert sei. Was die Vorlagen anlange, so erklärt Redner, daß seine Partei nur dann für eine Erhöhung der Brausteuern eintreten könnte, wenn dieselbe Hand in Hand ginge mit einer Erhöhung der Branntweinsteuer. Er müsse gestehen, sein bayerisches Herz habe gestern bei der Aeußerung des Herrn Reichskanzlers über die Unentbehrlichkeit des Schnapses geblutet, wenn er auch sehr wohl zu unterscheiden verstehe zwischen Denjenigen, welche Schnaps und Denjenigen, welche Bier trinken. In Bayern trinke bereits die Majorität der Arbeiter ausschließlich Bier. Was die Stempelsteuer anlange, so sei er und seine politischen Freunde bereit, für die Börsensteuer einzutreten und zwar nicht deswegen, weil sie die Börse als eine unmoralische Anstalt betrachten, die deshalb bestraft werden müsse, sondern ganz im Gegentheil. Es würden unmoralische Geschäfte gemacht innerhalb und außerhalb der Börse, aber es sei eine Forderung der Gerechtigkeit, auch die Börsengeschäfte zu besteuern, wenn auch besonders hohe Erträge von der Börsensteuer nicht zu erwarten seien. Die sonstigen Stempelsteuern kann er nicht empfehlen, sie würden den Verkehr erschweren; für eine solche Steuer sei Deutschland noch gar nicht reif. Das, was als Börsensteuer zu bezeichnen ist, werde sich bei der kommissarischen Berathung leicht feststellen lassen. Redner erklärt sodann noch, daß er persönlich ein Gegner des Tabakmonopols sei, daß er aber für eine Erhöhung der Tabaksteuer, wenn dies erforderlich sein sollte, eintreten würde.

Abg. Witte (Nostock): Seine Einwände gegen die Vorlagen seien, wenn nicht gleiche, so doch ähnliche, wie die des Vorredners. Die Denkschrift gipfele in dem Satz: Wir müssen Geld haben, mehr Geld, und noch mehr Geld!

Dieser Forderung gegenüber fehle der Nachweis der Verwendung und auch in den Ausführungen des Herrn Reichskanzlers habe er diesen Nachweis vermisst. Was die Vorlagen anlange, so würde er und seine (sejessionsistischen) Freunde sich gegen die Brausteuern, auch gegen die kommissarische Berathung der betreffenden Vorlage erklären; ebenso gegen die Wehrsteuer. Dagegen sei die Mehrzahl seiner politischen Freunde nicht unbedingt gegen die Reichsstempelsteuer, jedoch mit derselben Beschränkung, wie der Herr Vorredner. Das ganze Gesetz sei für sie ebenfalls unannehmbar, dagegen erscheine die Börsensteuer annehmbar. Redner spricht seine Verwunderung darüber aus, daß der Herr Reichskanzler gestern erklärt habe, gerade der Branntwein müsse möglichst niedrig besteuert werden, da er das einzige Getränk des armen Mannes sei. Es sei dieser Ausdruck des Herrn Reichskanzlers um so wunderbarer, als dies in demselben Augenblick geschehe, wo ein Gesetz gegen die Trunksucht eingebracht worden.

Abg. v. Below (Agrarier) beantragte, die Brausteuervorlage einer besonderen Kommission zu überweisen. Er vertheidigt die Erhöhung der Brausteuern im Anschluß an die Motive und führt aus, daß das bayerische Bier recht gut noch eine höhere Steuer ertragen könne, wenn nur die Inhaber der Bierlokale auf die äußere Ausstattung verzichten wollten, die zur Vertheuerung mehr als die Steuer beitrage. Redner spricht dem Bier die von den Liberalen mit so großem Pathos zugeschriebene Kulturmission durchaus ab und beklagt die Zunahme des Biertrinkens, die sogar den Kultusminister zum Einsprechen gegen die Biertrinker "Schülerverbindungen" genöthigt habe. Das Bier enthalte ebenso gut Alkohol wie der Branntwein und enthalte zudem oft gesundheits-schädliche Stoffe. Redner spricht sodann gegen eine Reform der Spiritussteuer, insbesondere gegen eine Reform der Maischraumsteuer, für deren Vorzüglichkeit er sich auf ein Ointament des deutschen Landwirtschaftsrathes beruft. Er hebt insbesondere hervor, daß die jetzige Besteuerungsmethode die Kultur der Kartoffeln befördere, die für die Landwirtschaft von größter Bedeutung sei.

Abg. Dr. Mendel: Die Regierung habe allerdings das Recht, eine vom Hause abgelehnte Vorlage nochmals vorzubringen, aber sie habe auch die Pflicht, auf die Gründe, welche zur Ablehnung geführt, Rücksicht zu nehmen. In der gegenwärtigen Brausteuervorlage stehe aber kein Wort davon; man berufe sich einfach auf den Art. 35 der Reichsverfassung, während in der That bereits im vorigen Jahre von den Süddeutschen erklärt worden sei, daß man eine Uniformierung auf diesem Gebiet für absolut ausgeschlossen halte. Trotz der Erklärung des Herrn Reichskanzlers müsse gegen den Branntwein ein entschiedenes Front gemacht werden. Es heiße immer, mäßig getrunken schade der Branntwein nichts, aber habe denn schon Jemand von einem Trinker gehört, daß er über das Maß trinke? (Heiterkeit.) Es erinnere ihn das immer an das alte Lied, in welchem in der ersten Strophe immer gesagt wird, wie durchaus schädlich der Branntwein sei, und an dessen Schluß es heißt:

„Doch soll der Branntwein
Um Mitternacht nicht schädlich sein.“

(Heiterkeit.) Wenn der Herr Reichskanzler sich für den Branntweingenuss ausgesprochen habe, so nehme ihn das nicht besonders Wunder, denn die medizinischen Kenntnisse des Herrn Reichskanzlers ständen unzweifelhaft auf sehr schwachen Füßen. In den Kreisen von Sachverständigen würde er mit solchen Aeußerungen kein Glück haben. Im Uebrigen hält Redner den gegenwärtigen Zeitpunkt für die Erhöhung der Brausteuern in hohem Grade ungünstig, denn die Brauereien befänden sich nachweislich seit Jahren in stetem Rückgange. Er erklärt sich deshalb gegen eine kommissarische Berathung der Brausteuervorlage und empfiehlt, die zweite Berathung derselben sofort im Plenum vorzunehmen.

Unterstaatssekretär Scholz: Wenn die Regierung den Ausführungen des Vorredners folgen wollte, dann würde der günstige Zeitpunkt für eine Steuerreform wohl niemals eintreten. Der Vorredner habe die Denkschrift in ihren Details bemängelt und behauptet, daß dieselben eigentlich gegen die Erhöhung der Brausteuern geltend gemacht werden könnten. Die Denkschrift habe eine viel weiter gehende Bedeutung, wie das bereits gestern

der Herr Reichskanzler hervorgehoben hat. Der Behauptung des Herrn Vorredners gegenüber, daß der Nachweis der Verwendung fehle, erinnert Redner an den vom Herrn Reichskanzler entwickelten Plan der Reform der direkten Steuern, welche in allen denjenigen Punkten herbeigeführt werden solle, wo sie reformbedürftig sei. Zu dieser Reform die Mittel zu schaffen, sei der erste Punkt, um den es sich bei diesen Vorlagen handle. Der zweite Punkt sei die Entlastung der Kommunen durch eine Neuordnung der Schullasten und durch eine zweckmäßige Organisation der Armenlasten auf dem Wege der allgemeinen Invalidenversicherung. Wenn behauptet worden, Fürst Bismarck habe sich gegen die Erhöhung der Branntweinsteuer erklärt, so sei das nicht richtig. Der Herr Reichskanzler habe sich nicht abgeneigt gezeigt, eine höhere Besteuerung des Branntweins anzustreben, sondern er habe nur erklärt, daß es bis jetzt noch nicht möglich gewesen sei, eine solche Vorlage fertig zu stellen.

Abg. Sonnemann ist der Meinung, daß eine wirklich gerechte Besteuerung nur auf dem Wege direkter Besteuerung möglich ist. Eine stärkere Heranziehung des fundirten Kapitals habe seine vollste Sympathie. Dagegen wolle er neben den Einzelstaaten nicht auch noch die Kommunen zum Kostgänger des Reiches machen, es würde das zu endloser Verwirrung führen. Auch die Altersversorgung habe seine volle Sympathie, doch halte er die Ausführung derselben neben unserem hohen Militärbudget für unmöglich, man werde dieses Projekt für die Zukunft aufsparen müssen, denn es seien dazu mindestens 5- bis 600 Millionen erforderlich. Redner erklärt sich ebenso gegen die Börsensteuer, diese würde nur die guten Papiere treffen, im Uebrigen aber illusorisch wirken und den Verkehr erschweren. Die ganze Steuerreform nehme überhaupt von Jahr zu Jahr einen mehr abenteuerlichen Charakter an und deshalb hoffe er, daß der Reichstag die Vorlagen ablehnen werde und diese Session die letzte sein würde, in welcher der Reichstag damit belästigt werde.

Abg. von Wedell-Matlow widerlegt den Einwand des Abg. von Benda, daß eine Ueberweisung von Summen an die Einzelstaaten nicht nöthig sei, da man in Preußen z. B. gar nicht wissen würde, was man damit machen sollte; er könne versichern, wenn die Summen überwiesen werden sollten, würden sie in Preußen eine nützliche Verwendung finden, dafür stehe er ein. So große Projekte, wie die hier aufgestellten, könnten nicht, wie es verlangt werde, in genauen Zahlen dargestellt werden. Nun sei aber doch ein großer Unterschied zwischen Brauerei und Brennerei, da letztere doch wesentlich für den Export arbeiten müsse und Deutschland es nicht in der Hand habe, den Preis für den Spiritus auf dem Weltmarkte zu machen; er sei aber gern bereit, auf eine höhere Besteuerung des Branntweinkonsums einzugehen und glaubt, was die Kontrolle anbetrifft, daß eine Steuerform gefunden werden müsse, in der der Spiritus bei seinem Uebergange aus der Fabrik in den Konsum besteuert werden könne. Was nun die Börsensteuer anbetrifft, so sei es doch wunderbar, daß diese nicht längst zur Annahme gelangt sei, jedoch wollten seine Freunde die Quittungssteuer nicht annehmen, da das Volk an eine solche indirekte kleine Besteuerung nicht gewöhnt sei und diese sehr leicht einen veratorischen Charakter annehmen könnte. Die Lotterieloosebesteuerung würde seine Partei pure annehmen, habe jedoch Bedenken hinsichtlich der Lombarddarlehen, wolle, wenn man inländische Aktien u. s. w. besteuere, jedenfalls auch die ausländischen herangezogen wissen. Der Hauptpunkt sei die eigentliche Börsensteuer; die dagegen eingewendeten Schwierigkeiten würden bei allseitig gutem Willen leicht zu überwinden sein, wenn die Nation es ernstlich wolle, so lasse es sich auch durchsetzen. (Beifall.) Es scheine sehr richtig, von der unproduktiven Arbeit an der Börse auch eine Steuer zu erheben, um so mehr, als man Steuern habe einführen müssen, die mehr den armen Mann trafen als diese, da man das Publikum, das an der Börse Zeitgeschäfte mache, doch nicht zu den Armen rechnen könne. Er empfehle Ueberweisung der Brausteuern an eine Kommission von 14 Mitgliedern, der Stempelsteuer von 21 Mitgliedern. (Beifall.)

Kommissar des Bundesraths königl. preußi-

scher Geh. Ober-Finanzrath Girth bedauert, daß sich sämtliche Redner gegen die Quittungssteuer ausgesprochen hätten, gerade diese sei besonders ertragsfähig und beschwere den Verkehr sehr wenig.

Hierauf wird die Diskussion geschlossen.

Es folgen persönliche Bemerkungen der Abgg. v. Benda, Sonnemann, Dr. Witte (Nostock), v. Below.

Darauf wird die Ueberweisung der Brausteuern an eine Kommission abgelehnt, die zweite Berathung wird also im Plenum stattfinden, die Stempelsteuer-Vorlage wird jedoch an eine besondere Kommission von 21 Mitgliedern überwiesen.

Sodann folgt die erste Berathung eines Gesetzes betreffend die Besteuerung der zum Militärdienste nicht herangezogenen Wehrpflichtigen.

Abg. Dr. Reichenberger (Olpe) erklärt sich gegen die Vorlage, da er es nicht anerkennen könne, daß man aus der That, daß $\frac{2}{3}$ der Wehrpflichtigen nicht eingestellt würden, eine Steuerquelle machen wolle; dieser Gedanke beruhe auf einem Rechtsirrtum; der Staat, das Reich habe kein Recht, zu verlangen, daß Alle die Waffe tragen, sondern nur so viele, als zur Sicherheit des Landes nöthig seien; wenn dieser Bedarf gedeckt sei, habe der Staat kein darüber hinausgehendes Recht, könne also auch unmöglich eine Geldentziehung dafür fordern.

Abg. v. Buttlamer (Lübben) erklärt, im Prinzip für die Vorlage zu sein, doch aber einige erhebliche Bedenken vorbringen zu müssen. Diese Vorlage trete aus dem Rahmen der gesamten Steuervorlagen heraus und wenn es ihm und seinen Freunden auch sympathisch sei, daß aus den Erträgen der Steuer die Kosten der Verstärkung des Militäretats gedeckt werden sollten und somit die übrigen Steuerzahler entlastet werden sollen. Dagegen entspreche die Vorlage den preussischen Anschauungen nicht, dort habe man die allgemeine Wehrpflicht stets für inkommensurable durch eine Geldzahlung gehalten und diese preussische Tradition sei auf ganz Deutschland übergegangen. Nun solle die Steuer allerdings kein Ersatz für die Wehrpflicht sein, doch stehe ihm das Prinzip der Wehrpflicht so hoch, daß er noch nicht wisse, wie dieser Vertretungsgehalt besichtigt werden solle. Was die ausgleichende Gerechtigkeit angeht, so erfüllt doch Jeder seine Pflicht, der sich rechtzeitig zum Heeresdienst stellt, wird er nicht genommen, so kann es dafür keinen Ausgleich geben, ebenso wenig aber auch für etwaige Befreiungen aus bürgerlichen Gründen. (Beifall.) Was die Erhebung anlangt, so hält Redner diese direkte Besteuerung zu empfehlen für sehr schwierig, und würde er hauptsächlich bedauern, daß die 20 Millionen Einnahme verloren gingen, hofft aber, daß dieser Ausfall durch eine Erhöhung der Börsensteuer ausgeglichen werden könne. Redner ist für kommissarische Berathung.

Kriegsminister v. Kameke: Der Haupteinwand, der von Freunden der Armee gegen die Vorlage geltend gemacht werde, sei der Hintergedanke, daß ein Loskauf möglich werden könne, daß das Prinzip, wer zahlt, dient nicht, zur Geltung kommen könnte. Nun meine er aber, daß das Selbstgefühl der ganzen Militärverwaltung des ganzen Heeres eiferstichtig wachen werde, daß solcher Irrthum nicht Grund finde und deshalb glaube er auch, daß Niemand im Volke die Wehrsteuer als einen Ersatz für den persönlichen Dienst auffassen werde, ohne Zweifel entstünden aber geschäftliche Hindernisse durch die Erfüllung der Dienstpflicht. Was die Loskaufsidee anbelange, so könne dieselbe nicht Platz greifen, da die Zusammensetzung der Ersatzkommission so bleibe, wie bisher, und die Steuerpflicht erst eintrete, wenn die Militärpflicht für den Einzelnen entschieden sei, wie da der Gedanke an einen Loskauf aufkommen könne, sehe er nicht ein. Auf die technische Frage, ob die Form der Besteuerung richtig gewählt sei, wolle er heute nicht eingehen, sondern nur diese beiden idealen Seiten berühren.

Abg. Dr. v. Treitschke erklärt sich gegen die Vorlage, da sie gegen die Ideen der Begründer der deutschen Wehrverfassung laufe. Alle Grundgedanken des Gesetzes seien verfehlt, es entspreche nicht dem preussischen Gefühl, nicht dem deutschen Geist, weit eher dem französischen, der den Bonapartismus verherrliche und endlich widerspreche

es dem Plane der wirtschaftlichen Reform und scheine nur eine Brücke zum Tabakmonopol bilden zu sollen. Wollte man das Gesetz zur Vorbereitung einer Kommission überweisen, so hoffe er, dieselbe werde zur Ablehnung führen.

Staatssekretär Schölkopf weist zurück, daß die Regierung hier zu dem unverfügbaren Mittel gegriffen habe, etwas, das sich auf bonapartistischen Geist stütze, als Mittel zur Herbeiführung des Tabakmonopols zu verwerthen, nur dem Vorredner könne man solchen Vorwurf zu Gute halten. Nun berufen sich die Gegner immer auf das Volk, das Volk werde aber sehen, daß der Reiche und Vornehme auch später dient, und das, was das Volk mit seinen Augen sieht, dem glaubt es mehr als allen hier gehaltenen Reden. Zu bedauern ist es auch, daß es versucht ist, dem Ersatzbehörden zu unterstellen, als ob diese das Ersatzgeschäft von finanziellen Interessen beeinflussen lassen könnten, dieser Vorwurf sei unerhört! Ob der, der den Vorwurf erhebt, die Zusammensetzung der Ersatzbehörden kenne? Den konservativen Einwendungen, die vorgebracht seien, müsse er dem § 5 des Gesetzes entgegenhalten, welcher ganz deutlich sage, daß das Gesetz lediglich ein Ausgleich der wirtschaftlichen Störungen sein solle.

Abg. Steller tritt für den Gedanken des Entwurfs ein, die Abgg. Dr. Soretius und Löwe (Berlin) dagegen. Letzterer äußert unter Anderem, an den Ausführungen des Abg. von Treitschke sehe man, wohin ein Mann komme, der über seine Ueberzeugung hinaus der Regierung zu dienen suche.

Damit ist die Diskussion geschlossen. In persönlicher Bemerkung weist der Abg. v. Treitschke die Insinuation Löwe zurück; er werde an anderer Stelle Erklärung dafür fordern. Die Ueberweisung an eine Kommission wird abgelehnt, die Vorlage kommt also im Plenum zur zweiten Berathung.

Nächste Sitzung: Mittwoch 11 Uhr.
T. D.: Petitionen, Anträge, Wittwen und Waisen der Reichsbeamten.
Schluß 3³/₄ Uhr.

Ausland.

Wien, 24. März. Die „Polit. Korresp.“ meldet aus Petersburg:

Saburows Ernennung zum Minister des Aeußern ist höchst wahrscheinlich. Vor Gortschakoffs Kanzler-Jubiläum erfolgt jedoch keinerlei Neu-Ernennung.

Dem nächsten Tage in außerordentlicher Mission hier eintreffenden Grafen Peter Schuwaloff bot Kaiser Franz Josef ein Absteigequartier in der Hofburg.

Der Petersburger Reise des russischen Botschafters, Fürsten Lobanoff-Rostowski von London, wird in diplomatischen Kreisen große Bedeutung beigelegt, weil dieselbe mit der englisch-russischen Annäherung zusammenhängt.

Die russischen Botschafter Dubril (Wien), Nowikow (Konstantinopel), Ueruell (Rom) gehen nicht nach Petersburg.

Wien, 29. März. Der gestern in Michelstadt (Hessen) erfolgte Tod des Nordpolfahrers Weyprecht erregt allgemeine schmerzliche Bewegung. Weyprecht war Chef der österreichischen Nordpol-Expedition, welche Anfangs der sechziger Jahre das Franz-Josefs-Land entdeckte und bis zum 81. Grad nördlicher Breite kam. Wie bekannt, mußten die Nordpolfahrer dann ihr eingefrorenes Schiff „Tegethoff“ verlassen und auf Booten ins offene Meer hinausfahren, wo sie von einem russischen Schiffe aufgenommen wurden. Selten ist ein Entdecker mit solchem Jubel empfangen worden, wie Weyprecht, als er seinen Einzug in Wien hielt. Weyprecht beschrieb in meisterhafter Weise die wissenschaftlichen Ergebnisse der Expedition, während Bayer, sein Genosse, in mehr belletristischer Weise die Schicksale derselben erzählte. Gleich nach seiner Rückkehr vom Nordpol zeigte sich Weyprechts Gesundheit erschüttert und man kann wohl in gewissem Sinne sagen, daß er als Opfer der Wissenschaft gefallen.

Paris, 29. März. (B. L.) Die Journale fahren fort, gegen die Bedrohung des Asylrechts zu polemisieren. „Diese feudale Verschwörung gegen die freien Länder“, sagt „National“, „maskirt die ehrgeizigen und despotischen Pläne Deutschlands.“

Die „Liberté“ kritisiert die Verordnung der deutschen Regierung, daß alle fremden Affekuranz-Gesellschaften in Elsaß-Lothringen mit dem 1. Mai ihre Thätigkeit einzustellen haben. Diese Maßregel sei gegen die französischen Gesellschaften gerichtet. Die Ursache sei unerklärlich, denn diese Gesellschaften hätten nie Politik getrieben, doch seien sie durch den Frankfurter Vertrag geschützt, der ihnen dieselben Rechte gebe, wie beispielsweise die österreichischen Gesellschaften haben. Die französische Regierung habe auch in diesem Sinne bereits Vorstellungen gemacht.

Die Journale erklären, die französische Eisenbahngesellschaft könne vom Bay von Tunis das angebotene Schiedsgericht nicht annehmen, denn die Gesellschaft habe ihren festen Vertrag, der nicht diskutierbar sei.

Gambetta empfing den Bürgermeister seiner Vaterstadt und versprach ihm, im Mai zu einer Wählerversammlung nach Cahors zu kommen. Man erwartet dabei wie immer eine große politische Rede Gambettas.

Die Zolltarifkommission der Deputirtenkammer verwarf die vom Senat beschlossene Erhöhung der Zölle auf Weine, Biere und Mostol.

London, 29. März. Lord Beaconsfield ist krank, sehr krank! Die Nationalkrankheit englischer

Staatsmänner, die Gicht, droht den geschwächten Greis zu übermannen und wie wiederholt in den letzten Jahren, so sind es auch diesmal die ersten Frühlingstage, welche das alte Leiden, welches ihn plagt, in verstärktem Maße auftreten lassen. Lord Beaconsfields Zustand ist geradezu bedenklich. Sein Arzt Kidd, welcher auch während des Kongresses nach Berlin berufen wurde, um Beaconsfield zu behandeln, erklärte bei einer Unterredung, die Krankheit Beaconsfields sei ernst. Die asthmatischen Anfälle werden von einem mehr als gewöhnlich starken Husten begleitet und bringen große Schwäche hervor, indem sie den Patienten an Schlaf und nötiger Ruhe hindern. Hierzu kommt noch der scharfe Gichtanfall. Der Arzt kann sich nicht verhehlen, daß großer Gefahr vorhanden sei, besonders bei dem hohen Alter Beaconsfields. Alle Kreise geben die größten Sympathiebeweise für den Kranken. Auch die Königin, welche eben in London anwesend ist, holte Erkundigungen ein. — Ein um 4 Uhr Nachmittags ausgegebenes Bulletin besagt: „Beaconsfield leidet an Brustkrämpfen. Seine Kraft jedoch bleibt aufrecht.“ Gladstone kam persönlich Nachfrage halten.

Provinzielles.

Stettin, 30. März. Am 19. August v. J. entstand in einem hinter dem Geschäftslal des Wattenfabrikanten Ziehlke, Fuhrstr. 4, belegenen Raum Feuer, durch welches ein nicht unerheblicher Schaden entstand, da Watten im Werthe von ca. 2000 Mk. verbrannten resp. beschädigt wurden. An demselben Tage war der Gas- und Wasserrohreleger J. Pfaff in jenem Raum beschäftigt und hatte sich bei seiner Arbeit eines brennenden Lichtes bedient. Da Niemand weiter vor Ausbruch des Feuers anwesend war, wurde der Verdacht rege, daß Pf. durch unvorsichtige Handhabung des Lichtes die Entstehung des Feuers verursacht und war er deshalb in der heutigen Sitzung der Strafkammer des Landgerichts wegen fahrlässiger Brandstiftung angeklagt. Die Beweisaufnahme ergab jedoch so wenig Belastendes, daß der Gerichtshof auf Freisprechung erkannte.

Der Arbeiter Aug. Jul. Ziehlaff aus Ferdinandstein und der Arbeiter Fr. Wilh. Giese gen. Schmidt aus Greifenhagen mietheten sich am 3. September v. J. einen Kahn und fuhren damit auf Diebstahl aus; es gelang ihnen auch, in Mönchskappe dem Eigenthümer Wolff aus Winters-hagen eine größere Partie Kartoffeln zu entwenden. Die Diebe fuhren mit den gestohlenen Kartoffeln nach Stettin, um dieselben hier zu verwerthen; sie hatten jedoch den Kahn zu voll geladen und derselbe sank daher, noch ehe sie das Ufer erreicht hatten, mit der Ladung, und beide Diebe retteten nur mit Noth ihr Leben. Durch den Unglücksfall kam die Sache bald zur Kenntniß der Behörde und beide hatten sich nun wegen Diebstahls zu verantworten. Den Ziehlaff, welcher bereits mehrfach vorbestraft ist, trifft deshalb eine Gefängnißstrafe von 9 Monaten und 1 Jahr Ehrverlust, den Giese eine Gefängnißstrafe von 4 Monaten.

— Ein guter Engel hat ein Kind gestern auf wunderbare Weise beschützt. Die 1¹/₂ Jahr alte Tochter des Schiffsagenten Köpke stürzte gestern Mittag aus einem 4 Stock hoch gelegenen Dachfenster des Hauses Pöligersstraße 79. Die sofort vorgenommene ärztliche Untersuchung ergab, daß das Kind durch den Fall keinerlei Verletzungen davongetragen.

— Gestern Abend gegen 7¹/₂ Uhr wurde die Feuerwehr nach dem Grundstück große Oberstraße Nr. 23 gerufen, woselbst ein Schornsteinbrand ausgebrochen war, der jedoch nach kurzer Zeit gelöscht wurde.

— Am 28. d., Morgens zwischen 6—8 Uhr, wurde der Hebamme Kersten aus ihrer Wohnung Grenzstraße 16 eine größere Partie Wäsche im Werthe von ca. 60 Mark gestohlen und in der Nacht zum 28. d. M. von dem am Schnecken-thor in Ladung liegenden Schiff „Ida“, Kap. Scharp, ein Ballen Kaffee im ungefähren Gewicht von 120 Pfd. und im Werthe von 120 Mark.

— Das der Wittve Meier vor Kurzem durch Subhastation zugefallene Grundstück Grünhof-Bräuerei „Vod“ ist für die Summe von 165,000 Mark in den Besitz des Rentiers Herrn Schraß übergegangen.

— Gestern Abend wurde der Himmel im Nord-Osten wieder durch einen grellen Feuerschein erhellt; derselbe entstand durch ein größeres Feuer, welches in Mönchskappe ausgebrochen war. Troßdem die Nachbarn sofort schnell mit ihren Spritzen herbeikamen und zahlreiche Hände sich an den Löscharbeiten betheiligten, wurden doch 2 Wohnhäuser, 2 Ställe und Scheunen, in denen noch eine Menge Getreide und Stroh aufgespeichert lag, eingeeäschert. Da das Feuer in einer Scheune entstanden, welche vorher von keinem Hausbewohner betreten war, wird Brandstiftung vermutet.

— Arnswalde, 28. März. Vom 1. April wird ein zu Postzwecken benutzter Post-Omnibus zwischen hier und Neuwedel errichtet. Derselbe fährt täglich 6 Uhr 55 Min. ab, trifft dort 9 U. 40 Min. ein, fährt wieder ab 2 U. 45 Min. früh und trifft hier 5 U. 20 Min. ein. Dadurch wird ein unmittelbarer Anschluß an die Züge nach und von Berlin und Stettin erreicht. Der jetzige Posthalter Herr Z. hat die Expedition übernommen und zwar schon aus dem Grunde, da später die Post dahin ganz eingehen soll. Der Fahrpreis beträgt 1,50 M. — Es wird hierorts bekannt gemacht, daß in Stettin eine Verkaufsstelle sämtlicher Fabrikate der kaiserlichen Tabaks-Manufaktur

eröffnet worden und dieselben zu den Preisen und Bedingungen wie in Straßburg abgegeben werden. Unterzeichnet ist „Die Direktion der kaiserlichen Tabaks-Manufaktur zu Straßburg.“ — In der morgen stattfindenden Versammlung des landwirtschaftlichen Kreisvereins wird Herr Karl Beder aus Düsseldorf über sein patentirtes Aufbaumesserverfahren einen Vortrag und Demonstrationen an seinen Apparaten halten.

* * Schwyz, 25. März. Der auch in weiteren Kreisen Westpreußens wegen seiner für die Forschung auf dem Gebiete der slavischen Literatur und Sprache wichtigen Schriften in kassubischer Sprache bekannte Dr. med. E. in B. im hiesigen Kreise hatte sich in einer der letzten Schöffen-sitzungen zu verantworten, weil er Typhusstranke ärztlich behandelt, diese Fälle aber nicht, wie vorgeschrieben, zur Anzeige gebracht hatte. Den Ausführungen des Dr. E., es sei remittirendes Fieber gewesen, durch dessen Vernachlässigung jedoch Typhus oder Ruhr entstehen könne, widersprach der Kreisphysikus Dr. A. von hier, der angab, alle Symptome des Typhus vorgefunden zu haben. Die bei der Beurtheilung dieses Rechtsfalles besonders in Betracht zu ziehende Frage, ob Dr. E. staatslähmungs als Medizinalperson zu betrachten sei, wurde nach Verlesung einer Verfügung der königl. Regierung vernimmt, da dem Dr. E. im Jahre 1860 die ganze Approbation entzogen und nicht wieder erteilt ist. Die ärztliche Praxis auszuüben, ist Dr. E. nach Eintritt der Gewerbefreiheit bezeugt, kann aber nicht als Arzt im Sinne des Gesetzes angesehen werden, darf also auch nicht als ärztlicher Sachverständiger bei Gericht fungieren und den Titel eines Arztes führen. Dr. E. kann deshalb, weil ihm die gesetzlichen Rechte eines Arztes entzogen sind, auch nicht zu den Pflichten eines solchen gezwungen werden und erfolgte aus diesem Grunde seine Freisprechung. — Durch die zum Besten des hiesigen Waisenhauses gehaltenen fünf populär-wissenschaftlichen Vorlesungen ist ein Ertrag von 276,50 M. erzielt worden, der abzüglich der entstandenen Unkosten in Höhe von 29 M. dem Vorstände des Waisenhauses überwiesen wurde. Somit fließen der Waisenhauskasse 247,50 M. zu, ein wenn auch nicht hoher, so doch um so erwünschter Betrag, weil die Mittel zur Unterhaltung in letzter Zeit nur sehr spärlich geflossen sind. Hoffentlich fällt der Kasse aus der Einnahme des Wohltätigkeits-Konzertes vom 26. d. M. eine namhaftere Summe zu. — Zur Feier des Tages, am 22. d. M., wehten zahlreiche Fahnen und Flaggen, jedoch bemerkten wir darunter auch sehr viele mit ganz verkehrter Reihenfolge der betreffenden Farben, so daß die Vermuthung nahe liegt, daß es den betreffenden Besitzern wohl gleichgültig scheint, in welcher Reihenfolge die Farben kämen, wenn sie überhaupt nur da wären. Am kleinen Markte wehte eine Fahne, die zu allem Ueberflusse vier Farben in der ganz widersinnigen Reihenfolge „goh-rot-schwarz-weiß“ zeigte.

* * Schwyz, 28. März. Am 23. d. Mts. wurden dem hiesigen Gerichtsgefängnisse zwei Kerle, der als arger Schläger bekannte Schuhmacher Kühn aus Neuenburg und der Arbeiter Janz aus Warlubien, gebunden eingeliefert. Dieselben hatten im Krüge in der Nacht vom 22. zum 23. d. Mts. mit dem Schmiedemeister Both aus Krusch einen Streit über die Ergebnisse im französischen Kriege gehabt. Als nun B. nach Hause ging, überfielen ihn die beiden und schlugen ihn derartig mit einem großen, starken Knüttel und einem Spaten, daß an sein Aufkommen wohl kaum zu denken ist und der die am 25. dort zur Feststellung des Thatbestandes anwesende Gerichtskommission begleitende Kreisphysikus Dr. Rosenthal die Unmöglichkeit einfand, die Wunden zuzunähen, da eine mit der andern in unmittelbarer Verbindung stand. Die Kerle hatten sich sogar neben den wie todt daliegenden B. gelegt und gehorcht, ob er noch lebe und dann von Neuem auf ihn eingehauen. Ein vorüberfahrender Postillon hatte den schwer Verletzten auf seinem Wagen mitgenommen und Leuten übergeben, die ihm den ersten Beistand leisteten. — Am 28. d. M. fand hier ein Kram-, Vieh- und Pferdemarkt statt, der wie immer zum Ueberflusse von Verkäufern, von Käufern aber trotz des wunderbar schönen Wetters nur sehr schwach besucht war. Dementsprechend war denn auch das Geschäft ein recht flaches und können wir wohl annehmen, daß mancher der auswärtigen Verkäufer kaum das Fußroh und die anderen Unkosten gedeckt hat. Diesmal fehlten auch die „billigen Männer“ ganz. Pferde waren nur in geringerer Sorte vorhanden. Rindvieh war in größerer Menge aufgetrieben, doch zeigte sich auch hier nur ein sehr mäßiges Kaufgeschäft. — Der auch in weiteren Kreisen seiner Schriften in kassubischer Sprache und seiner originellen Lebensgewohnheiten wegen wohlbekannte Dr. med. Florian Ceynowa in Bułowitz im hiesigen Kreise ist am 26. d. M. Nachmittags plötzlich verstorben. Am Vormittag klagte er über etwas Uebelkeit, ohne derselben weitere schlimme Folgen zuzuschreiben. Der Tod überraschte ihn beim Nachmittagskaffee.

Vermischtes.

— (Die Wittve des Zaren.) Aus Petersburg wird geschrieben: Ein seltsamer Zufall spielt in der russischen Kaiserfamilie. Es ist bereits gemeldet worden, daß die Fürstin Jurjewskaja, frühere Fürstin Dolgoruki, die zweite Gemahlin des ermordeten Zaren, nicht nur jechlich, sondern auch in Bezug auf ihre Gesundheit außerordentlich schwer unter dem entsetzlichen Ereigniß vom 13. März zu leiden gehabt hat. Sie ist durch die Aufregung vollkommen gelähmt worden und kann sich kaum bewegen. Es ist das um so trauriger,

als sie sich in gesegneten Umständen befindet, als sie ein Kind des ermordeten Kaisers unter dem Herzen trägt. Ebenso wie sie, steht aber auch die Kaiserin Maria Feodorowna in nicht allzu ferner Zeit dem Moment, in dem sie einem Kinde das Leben geben wird, entgegen. So wird es denn geschehen, daß ein kleiner Onkel oder eine kleine Tante und ein kleiner Neffe oder eine kleine Nichte, beide der russischen Kaiserfamilie angehörig, ziemlich zu gleicher Zeit geboren werden. Für jenes Kind der Fürstin Jurjewskaja, das jetzt zur Welt kommen soll, wenn anders angesichts des bedauernden Zustandes, in dem sich die frühere Fürstin Dolgoruki befindet, dies Ereigniß wirklich eintritt, hat, wie bekannt, der ermordete Zar ausdrücklich die Bestimmung getroffen, daß es den Titel „Kaiserliche Hoheit“ führen soll.

Handelsbericht.

London, 26. März. Wochenbericht über den Londoner Kartoffelmarkt von Emil Stargardt, South Eastern Wharf, Southwark S. E.)

Unter dem Drucke der in der Berichtswache in großen Massen ankommenden schottischen Waare verkehrte der Markt für deutsche Kartoffeln in matter Haltung und haben Preise sich nur knapp behaupten können.

Es erzielten: beste Waare bis 90s, kleine Waare 70s.

Alles per Ton inkl. Sad ab Wharf.

Angelommen ca. 34,000 Sad.

Telegraphische Depeschen.

Köln, 29. März. Der „Köln. Ztg.“ wird aus Athen vom 28. d. gemeldet: Von ganz zuverlässiger Seite wird mitgetheilt, daß der englische Gesandte im Auftrage seiner Regierung die amtliche Erklärung abgegeben hat, England werde sich in der griechischen Frage nicht von den übrigen europäischen Mächten trennen. Die von Trikupis in der Kammer gethane Aeußerung, Griechenland sei im Falle eines Krieges der Unterstützung Englands sicher, erweist sich demnach als hinfällig.

Hamburg, 29. März. Der Bürgerschaft wird morgen seitens des Senats ein Antrag zu gehen auf Einsetzung einer gemischten, aus Mitgliedern des Senats und der Bürgerschaft bestehenden Kommission zu vertraulichen Berathungen über die in der Zollanschluß-Angelegenheit zu treffenden Maßregeln.

Dresden, 29. März. Amtlicher Meldung zufolge ist Prinz Albert, der Sohn des Prinzen Georg, nicht unbedenklich erkrankt.

Wien, 29. März. („B. L.“) Die Konstantinopler Botschafter-Berathungen sind beendet, eine Verständigung über die vorzuschlagende Griegengrenze ist erzielt und der Vorschlag bereits den Kabinetten zur Sanction vorgelegt. Letztere wird baldigst erwartet.

Michelstadt, 29. März. Der Führer der ersten österreichisch-ungarischen Nordpol-Expedition, Schiffsleutnant Weyprecht, ist heute hier gestorben.

Wien, 29. März. Im Herrenhause gab der Präsident Fürst Trautmannsdorff den Gefühlen des Hauses über die Ermordung des Kaisers Alexander II. Ausdruck. Das Ereigniß sei noch schmerzlicher durch die Anzeichen von einer dunkeln und verbreiteten Verschwörung, welche die Prinzipien der Gesellschaft zu untergraben drohe — Prinzipien, zu deren Wahrung das Herrenhaus in erster Linie berufen sei. Der Präsident forderte die Mitglieder des Hauses auf, zum Zeichen des Beileids über das Ereigniß und über die schmerzlichen Gefühle, von denen das Herz des österreichischen Monarchen bewegt werde, der in Kaiser Alexander II. einen treuen Freund verloren habe, sich von ihren Sigen zu erheben. Das Haus entsprach der Aufforderung. Hierauf wurde das provisorische Budget pro April-Mai d. J. angenommen.

Paris, 29. März. Der „Agence Havas“ wird aus Konstantinopel gemeldet, daß die Verhandlungen auf gutem Wege seien; der englische Botschafter scheine gewillt, die englischen Forderungen zu ermäßigen. Zu den Bedingungen, über die man sich verständigt hat, gehört die Schleifung der Befestigungen von Bresva und die Neutralisirung des Golfs von Arta gelte für wahrscheinlich.

Paris, 29. März. Nach weiterer Meldung der „Agence Havas“ aus Konstantinopel gehört zu den Bedingungen, über welche man sich bezüglich der griechisch-türkischen Frage verständigt hat, auch die Abtretung von Punta gegenüber Bresva.

London, 29. März. Oberhaus. Der Lordpräsident des geheimen Rathes, Spencer, erwiderte auf eine Anfrage, der Staatssekretär des Aeußeren, Lord Granville, habe die auswärtigen Rerungen ersucht, die Absendung von fränktem Vieh nach England zu verhindern.

Bukarest, 29. März. Der „Romanul“ weist die Behauptung zurück, daß eine Großmacht ihren Einfluß auf die Proklamirung des Königthums geltend gemacht habe und versichert, daß der nationale Akt keinen anderen Grund und Zweck habe, als die Stabilität, die Ordnung und das Gedeihen der rumänischen Nation.

Bei dem Empfang der ihre Huldigungen darbringenden Offiziere der Armee sprach der König den Wunsch aus, daß lange Friedensjahre die Entwicklung Rumäniens gestalten mögen. Die belgische Regierung hat bereits das Königthum Rumäniens anerkannt. In dem südlichen Tempel fanden ebenfalls ein Festgottesdienst zur Feier der Proklamirung des Königthums und Gebete für das Wohlergehen des Königs und der Königin statt.